Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfenn
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken eeb

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachs

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,26 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 209. Postscheckkonto: Dresden Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—1 betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprech

6. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 26. November 1930 — Nummer

Reichsjustizminister Bredt zurückgetreten

Brüning droht mit dem Artikel 48 / Verschärfter faschistischer Kurs gegen die Arbeiter / Die SPD-Führer werden bedingungslos zustimmen / Schafft die brüderliche Kampffront aller Ausgebeuteten gegen den Hungerkurs! Rüstet zum Massenaufmarsch am 3. Dezember!

Berlin, 26. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Mitten in den Kuhhandel zwischen SPD und Brüning platzt die Meldung der Wirtschaftspartei, daß ihr Minister Bredt aus der Regierung zurückgezogen ist und er eine Erklärung abgegeben habe, in der mitgeteilt wird, daß die Wirtschaftspartei die Brüning-Regierung weiterhin nicht unterstützen wird. Zeitungsmeldungen zufolge droht auch die Deutsche Volkspartei mit einem Austritt aus der Regierung.

Dieses Auftreten der Wirtschaftspartei und der Volkspartei, das die politische Situation bedeutend verschärft, dient in erster Linie dem Zweck, die Brüning-Regierung durch Drohungen und Repressalien anzuspornen, auf ihrem faschistischen Kurs weiter vorwärtszustoßen zur Anwendung des Artikels 48. Und das nicht nur, um das Hungerprogramm und die Notverordnungen durchzubringen, sondern auf der ganzen Front mit schärferen faschistischen Methoden gegen die rebellierende Arbeiterklasse vorzugehen. Die gesamte Presse meldet auch schon übereinstimmend, daß die Brüning-Regierung in den Besprechungen mit der SPD und den bürgerlichen Parteien ohne viel Umschweife erklärt hat, daß sie entschlossen ist, ihr Programm und die Notverordnungen sofort mit dem Diktaturartikel 48 durchzuführen, und zwar noch vor Beginn des Zusammentritts des Reichstages am 3. Dezember 1930, falls die SPD und die übrigen Parteien das Programm nicht ohne wesentliche Aenderungen zu schlucken sich bereiterklären.

Nieder mit dem Steuerwucher!

Berlin, 26. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Haushaltausschuß des Reichstages setzte die Beratungen der Diktaturverordnungen fort. Die Regierung mußte sich sagen lassen, daß die geplante neue Tabaksteuererhöhung dazu führen werde, daß der Konsum außerordentlich stark verteuert und deswegen zurückgehen werde, daß dadurch wieder neue Zehntausende von Arbeitern erwerbslos werden. Dann ging der Haushaltausschuß zur Beratung der durch die Regierung eingeführten Gemeindesteuern, insbesondere der Kopfsteuer, Gemeindebier- und -getränkesteuer über.

Der SPD-Abgeordnete Hertz, der das Referat zu diesem Teil der Verhandlungen übernommen hatte, sprach über die technischen Schwierigkeiten (!) bei der Erhebung dieser Steuern, insbesondere der Kopfsteuer. Er sagte jedoch kein Wort über die politische Stellungnahme der SPD. Bekanntlich hatte sie ihre Wahlagitation zum großen Teil mit der Kopfsteuer bestritten. Auch sonst sprach in der langen Debatte, die bis gegen 3 Uhr dauerte, kein einziger Sozialdemokrat zu diesen Fragen. Nachdem einige „Bürgerliche" Bedenken gegen die Kopfsteuer und gegen die Getränkesteuer vorgebracht hatten, insbesondere die Wirtschaftspartei gegen die Gemeinde-Getränkesteuer, sprach für die Kommunistische Partei Genosse Neubauer: **Die Kopfsteuer ist eine so ausgesprochen reaktionäre Steuer, daß dieser Charakter durch keinerlei Abänderungsanträge, wie sie vorliegen, geändert werden kann. Die Kommunistische Partei hat im Ausschuß deswegen den Antrag eingebracht, die Erhebung von Kopfsteuer irgendwelcher Art vollständig abzulehnen. Dies betreffe nicht nur die von Brüning verlangte Kopfsteuer, sondern auch die bereits vorher bestehenden Kopfsteuern, insbesondere in Frick-Thüringen, Württemberg und Bayern. Von den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten hängt es ab, ob die Kopfsteuer bestehen bleibt oder nicht.**

Die Unterredungen Brünings mit den Parteien über die parlamentarische Behandlung und Annahme des Hungerprogramms werden fortgesetzt. Ueber die gestrige Aussprache Brünings mit den sozialdemokratischen Führern wird Stillschweigen bewahrt. Jedoch erklärt die bürgerliche Presse übereinstimmend, daß Brüning den Sozialdemokraten erklärt hat, daß er grundsätzliche und weitgehende Abänderungen des Programms nicht zulassen kann und auch nicht die Absicht habe, sich mit dem Reichstag in wochenlange Verhandlungen einzulassen. Die Sozialdemokraten haben also keine andere Wahl, das Raubprogramm, so wie es ist, im Reichstag anzunehmen. Brüning gestattet ihnen nicht einmal, im Reichstag harmlose Reden zu halten.

Die bürgerliche Presse weiß weiter zu berichten, daß nach der Aussprache mit den Parteien die Brüning-Regierung in einer Kabinettssitzung zu dem Ergebnis der Aussprache Stellung nehmen und unter Umständen beschließen wird, das Hungerprogramm nicht als einfache Regierungsvorlage, sondern als Notverordnung vor den Reichstag zu bringen.

Die „Börsen-Zeitung" spricht sogar davon, daß in diesem Falle die Brüning-Regierung **„sofort zur Verkündung des Finanzprogramms auf Grund des Artikels 48 schreiten wird".**

Während die sozialdemokratische Presse bemüht ist, den Arbeitern weismachen, daß durch die Beratungen des Hungerprogramms im Reichsrat und durch die Ausschußberatungen im Reichstag „Verbesserungen" erzielt worden seien, wiederholt Brüning zum soundsovielten Male, daß an seinem Hungerprogramm nicht das geringste geändert werden darf. Der Reichsrat hat in der Tat an diesem Programm auch nichts geändert. Da aber vor dem Reichstag besonders die Sozialdemokratie das Bedürfnis hat, mit einigen radikal klingenden Redensarten ihren ungeheuerlichen Verrat vor den Arbeitern zu bemänteln und zu vertuschen, erklärt jetzt die Brüning-Regierung, daß sie auch solche Reden nicht dulden werde. „Der Revolver," so schrieb die Deutsche „Allgemeine Zeitung", „die Auflösung der Preußenregierung, bleibt geladen und entsichert." Mit diesem Revolver wird Brüning die Sozialdemokratie auch an jeder Scheinopposition hindern. Sie hat bedingungslos dem Raubprogramm zuzustimmen, bedingungslos die Streiks der Arbeiter zu verhindern, oder, wenn das nicht möglich ist, den Streikbruch zu organisieren.

Nur in einem läßt Brüning der Sozialdemokratie freie Hand. Sie darf „die Demokratie retten", denn es ist klar, wenn Brüning das Hungerprogramm als Notverordnung auf dem Wege des § 48 diktieren wird, dann ist die „Demokratie" ausgeschaltet. Also muß die Sozialdemokratie, um diese Gefährdung der „Demokratie" zu verhindern, Brüning die Möglichkeit nehmen, mit dem Artikel 48 zu regieren. Deshalb wird sie für das Hungerprogramm stimmen, so wie sie am 18. Oktober für die Brüning-Regierung gestimmt hat. Bezeichnenderweise verschweigt der „Vorwärts" seinen Lesern, daß Brüning die SPD-Führer vor von uns charakterisierte Alternative gestellt hat. Er tut so, ob „die Abänderungswünsche der Sozialdemokraten" bei der sprache mit Brüning eine Rolle gespielt hätten und behau daß die Verhandlungen „in den nächsten Tagen fortgesetzt" we

Diese Vernebelung der klaren Tatsachen durch den „Vorwärts" gehört mit zu den Aufgaben der Sozialdemokratie, denn hinter dieser Nebelwand kann die Brüning-Regierung um so ungestörter ihre Vorbereitungen zur Diktatur treffen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Brüning-Regie ihren schändlichen Anschlag gegen die werktätigen Massen mit Energie in die Tat umsetzen wird. Die Lohnrauboffensive ist reits in vollem Gange, und auch die Brüning-Regierung ihren Angriff auf die Lebensrechte der Arbeiter in verstär Maße fortsetzen.

Deshalb müssen die Arbeiter, die Erwerbslosen, das ge werktätige Volk, zur Gegenoffensive rüsten. Die einzig mög Antwort des Proletariats in der gegenwärtigen Situation ist Organisierung des Kampfes gegen die Lohnrauboffensive, höhere Löhne, die Organisierung von Streiks und Demonstratio

Nehmt in Betrieben, auf den Stempelstellen und in Ma versammlungen zu dem drohenden Diktat des Hungerprogram sofort Stellung, führt wuchtige außerparlamentarische Aktio durch, verlaßt euch nicht auf den Reichstag, diese demokrat Kulisse, die Brüning vom ersten Tage ihrer Existenz an höh mit dem Fuß beiseite geschoben hat. Handelt!

Proletarisches Gericht gegen Schädling

Gewaltiger Aufmarsch der empörten Arbeiter / Zahlreiche kommunistische und bürgerliche Pressevertreter des Auslandes anwesend

Moskau, 25. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Um 15 Uhr begann im Säulensaal des Gewerkschaftshauses der Prozeß gegen die konterrevolutionären Verschwörer der „Industriepartei". Das Gericht tagt unter vollständiger proletarischer Oeffentlichkeit. Der Saal ist dicht besetzt mit Arbeiterdelegierten aus den Fabriken und Betrieben. An der Prozeßtagung nehmen Vertreter der Sowjetpresse, der ausländischen kommunistischen Zeitungen und Vertreter der bürgerlichen Presse des Auslandes teil. Ab 15 Uhr stand ganz Moskau im Zeichen machtvoller Kundgebungen. Riesige Massen der Arbeiterbevölkerung zogen aus Fabriken und Betrieben in ungeheuren Demonstrationszügen zum Stadtinnern. Während der Verlesung der Anklageschrift zogen die Arbeiter in ununterbrochenen, riesigen Massen vor das Gewerkschaftshaus.

Der Vorsitzende des Gerichts, Wischinski, eröffnete und teilte die Zusammensetzung des Gerichts mit. Als Vertreter des obersten Gerichtshofes ist Antonoff anwesend, ferner Saratowski und als Beisitzer Low (Amormerke) und Iwano (Putilow-Werke).

Die Angeklagten erheben auf Befragen keine Einwendung gegen die Zusammensetzung des Gerichts, verzichten jedoch auf Verteidiger, außer den Angeklagten Kubrianoff und Sitni. Das Gericht schritt dann zur Verlesung der Anklageschrift. Angeklagt sind 8 Verschwörer, darunter die Professoren Ramsin, Sprischwi, Tscharnowski, Fjedotow, Kupanioff, Otolchki, Sitni. Auf Grund eigenen Eingeständnisses werden sie beschuldigt, systematisch Schädigung der Wirtschaftslebens, künstliche Hungerkrisen und Spionageakte für imperialistische ausländische Großmächte, Zerletzung der Roten Armee betrieben zu haben, ferner Vorbereitung von Sabotageakten in der Elektro- und Kriegsindustrie. Die gesamte Tätigkeit der Angeklagten mündet in planmäßiger Vorbereitung des Bodens für militärische Intervention der Imperialisten, wozu Verbindungen mit den Generalstäb Frankreichs, Englands, Polens aufgenommen wurden.

Nach Schluß der Verlesung der Anklageschrift schreitet Gericht zum Einzelaufruf der Angeklagten und fragt sie, ob bereit seien, auf Anschuldigungen und Fragen Antwort zu ge Es antworten alle Angeklagten mit „Ja". Der Saal nim diese Antwort mit sichtlicher Erregung auf. Der Vorsitzende eindert hierauf mit dem Staatsanwalt die weitere Verhandlungsweise, wonach zunächst zum Verhör der einzeln Angeklagten geschritten wird. Als erster wird der Angeklagte Ramsin vernommen.

Massenangriff gegen die Bourgeoisie!

1785 neue Mitglieder der KPD in 50 Tagen

In der Zeit vom 1. Oktober bis 20. November erklärten im Bezirk Mittelrhein 1785 Arbeiter ihren Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands.

Das ist eine gute Auswertung des Wahlsieges vom 14. September. Verstärkt die Werbearbeit in allen Zellen und Ortsgruppen.

Massengelöbnis der werktätigen Frauen

gesprochen auf der Kundgebung zum 2. Reichskongreß werktätiger Frauen am 22. November in Berlin im Sportpalast

Wir proletarischen Frauen und Männer des roten Berl geloben:

Alle Anstrengungen zu unternehmen, die werktätig Frauen in Stadt und Land aufzurütteln;
alle Kräfte einzusetzen,
die Frauen und Mädchen des Proletariats dem Einfl des Klassenfeindes zu entreißen;
keine Mühe zu scheuen,
die Frau als Bundesgenossin und Kampfgefährtin in rote Front einzureihen
zum Kampfe
für volle Gleichberechtigung der Frau,
für Brot und Freiheit,
gegen Faschismus und Kriegsgefahr,
für ein Sowjetdeutschland!

Das rote Berlin gelobt angesichts des leuchtenden Beispi der russischen Arbeiter und Bauern,
als Unterpfand der proletarischen Solidarität mit den kämp fenden Brüdern und Schwestern der ganzen Welt,
im Gedenken der Opfer, die für das Proletariat in Gefän nissen und Zuchthäusern schmachten,
als Racheschwur für die Gefallenen auf den Schlachtfelde des Klassenkrieges, in unbeugsamem Willen zur revolutio nären Tat, allen Gefährnissen zum Trotz,
das Leben einzusetzen für den Sieg des Proletariats!